

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
M. 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
bezirk, sowie im sonst.
inl. Verk. M. 1.80 m. Post-
zuschlag. Preise frei-
b. Preis einer Nummer
10 J.
In Füllen hoh. Gemak
besteht kein Anspruch auf
Ersetzung der Zeitung od.
auf Rückerstattung des
Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Ausdruckerinnen
jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Tele. Nr. 24
O. S. - Exped. Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile
über dem Raum 25 J.
Reklame-Zeile 80 J.
Kollektiv-Anzeigen 100
Prez. Zuschlag. Offerte
und Aufkäuferleistung
20 J. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der
im Falle des Mahner-
jahren hinfällig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Sachänd-
erungen treten sofort alle
früher vereinbarten
außer Kraft.
Gerichtskont. für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Nachr. wird keine
Gewehr übernommen.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 118. Donnerstag den 22. Mai 1930. 88. Jahrgang.

Deutschland

Würt. Landesverband landwirtschaftlicher Genossenschaften.
Stuttgart, 21. Mai. Im Gustav-Ziegler-Palast fand heute die 11. ordentliche Verbandssammlung des Würt. Landesverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften e. V. statt. Bei der Tagung waren gegen 1400 Vertreter der Einzelgenossenschaften anwesend. Der Vorsitzende, Oberreg. Rat a. D. Haier, begrüßte den Wirtschaftsminister Dr. Moser, die sonst anwesenden Vertreter der Staatsregierung, der Staatsbehörden, der Würt. Landwirtschaftskammer, der Landes-Hochschule Dohenheim, des Landes-Dauerverbands, des Reichsverbandes der D. Landw. Genossenschaften - Kaiserliche e. V., die anwesenden Reichs- und Landtagsabgeordneten und die Genossenschaftler. In seiner einleitenden Ansprache führte der Vorsitzende aus, daß sich der bedrohliche Zustand, in dem sich die Landwirtschaft nun seit Jahren befinde, im letzten Jahr nicht gebessert, sondern sich verschlechtert habe. Auch die bäuerlichen Betriebe seien durch die mangelnde Wirtschaftlichkeit der Landwirtschaft aufs härteste betroffen. Doppelt hart werte sich nun die Agrarkrise bei uns in Deutschland und leider auch in Württemberg aus, weil die Vorkriegszeit unserer Landwirtschaft gegenüber dem Ausland weit höher sei; hierzu komme aber auch der wesentliche Umstand, daß unsere Landwirte unter den Folgen einer den Bedürfnissen der Landwirtschaft nicht gerecht werdenden Wirtschaftspolitik des Reiches zu leiden haben. Es müsse darauf begründet werden, daß sich Reich und Parlamente weitgehend mit den Kösten der Landwirtschaft belassen. Die Wirtschaftspolitik des Reiches müsse in Zukunft so gehalten werden, daß die Landwirtschaft die Früchte der auf die Verbesserung der Qualität und auf die Vereinfachung seiner Organisation gerichteten mühevollen Arbeiten sieht. Dem landw. Genossenschaftswesen waren bei der Durchführung des landwirtschaftlichen Reformprogramms Aufgaben zugewiesen, deren Bewältigung an die Beteiligten die größten Anforderungen stelle. Staatsregierung und Behörden unterstützten die genossenschaftlichen Bestrebungen in einem dankenswerten Maß; es bleibe nur zu hoffen, daß die in Württemberg getroffenen Einleitungen auch die weiterhin notwendige Unterstützung der Reichsstellen finden. Nebenbei zum Geschäftsbericht über das 12. Geschäftsjahr wies der Vorsitzende auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht hin, dem zu entnehmen ist, daß dem Landesverband am 31. Dezember 1929 2245 landw. Genossenschaften mit rund 319.000 Mitgliedern angehörten. Infolge der Verschmelzung des Kaiserlicherverbandes für Hohenzollern und den angrenzenden Gebieten Badens und Württembergs mit dem Würt. Landesverband landwirtschaftlicher Genossenschaften ist in 1929 ein Zuwachs von 120 Genossenschaften zu verzeichnen. Die gesetzliche Verwaltungsvorschrift erließ die in 1929 auf 1448 Genossenschaften. Die landw. Beratungsstelle, die Volkserziehungsstelle, die Rechts- und Steuerberatungsstelle sowie die sonstigen Einrichtungen des Landesverbandes wurden seitens der Genossenschaften und deren Mitglieder weitgehend in Anspruch genommen. Umfänge und Einlagen haben bei den verbandesgehörigen Darlehensvereinen eine Zunahme zu verzeichnen. Dies ist im wesentlichen dem Umstand zuzuschreiben, daß die Einleger der Darlehensvereine sich aus allen Berufsständen zusammensetzen. Das Kreditbedürfnis der Landwirtschaft hat sich im Berichtsjahr gesteigert. Bei den Volkserziehungsstellen wurden im Berichtsjahr rund 10 Mill. Liter Milch angeliefert, wovon rund 5 Mill. Liter Milch als Frischmilch abgesetzt wurden; die in den Volkserziehungsstellen 1929 erzeugte Buttermenge betrug rund 1,7 Mill. Kg.; an Hartkäse 1,7 Mill. Kg. und an Weichkäse 1,2 Mill. Kg. Im Berichtsjahr haben die auf Einführung des Werkzeugs für Futter gerichteten Bestrebungen zu einem greifbaren Ergebnis geführt.

Prof. Dr. Wänninger-Dohenheim hielt sodann einen Vortrag über "Bauerntum und Bevölkerungsproblem". Die Agrarkrise hat tiefe Wunden in das Leben des Bauernvolkes geschnitten und die Meinung, daß der Bauer weniger hart getroffen sei als der größere Befitzer, besteht nur da, wo man das Bauerntum nicht kennt. Die Notjahre dürften nicht so lange dauern, weil durch Heranzug der Betriebswirtschaft der Betrieb zu sehr notleidet. Früher waren die Lebensverhältnisse der ganzen Bevölkerung einfacher, heute ist es das Bauerntum, dessen Verdienstmöglichkeit nur ein kümmerliches Leben zuläßt. Zwei Erscheinungen, die dem Bauer und der Bäuerin das Leben zu wenig reizvoll machen, sind der geringe Ertrag ihrer Arbeit und daneben die Arbeitsüberlastung, hauptsächlich bei der Bäuerin. Nach Untersuchungen in verschiedenen Bauerntrieben ist die Arbeitsanspruchnahme des Bauern 3000 Stunden im Jahr und die der Bäuerin 315 Stunden im Jahr, während der Landarbeitertarif vom Gehalts nur 2000 Stunden verlangt. Der Beruf des Bauern lockt die jüngere Generation nicht mehr. Das Problem des Bauerntums ist ein Problem der Arbeitserleichterung und damit der Erleichterung des Lebensstandes überhaupt. Es gibt zwei große Hebel zur Abhilfe, der eine liegt in der technischen Ausbildung, der andere in dem Ausbau und der Ausnützung des genossenschaftlichen Zusammenhanges bei Ein- und Verkauf und bei allem, wo der Bauer allein wirtschaftlich zu schwach ist. Das Genossenschaftswesen kann dem Bauer die Vorteile des größeren Betriebes eröffnen. Im Anschluß wurde der Verwaltung des Landesverbandes nach Bekanntgabe der Verbandsergebnisse Entlastung erteilt.

Der französische Räumungsplan.
Ludwigshafen, 21. Mai. Das Oberkommando der französischen Rheinarmee hat den einzelnen Truppendeilen in der Pfalz nunmehr den genauen Abmarschbefehl erteilt. Da-

nach werden von dem St. Armerford, das in der Pfalz stationiert ist, noch im Monat Mai rund 2000 Mann abtransportiert. Der größte Teil der Truppen wird erst etwa am den 15. Juni die Pfalz verlassen. Am 26. Juni sollen Hermannheim, Landau, Kaiserslautern und Zweibrücken von der Besatzung frei sein. Es werden lediglich noch Ubergangsvermandos zurückbleiben, die mit den deutschen Behörden die Schadenersatz und die Ubergabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums vorzunehmen haben. Wenn ihre Tätigkeit bis zum 30. Juni nicht beendet sein sollte, sollten sie nach diesem Termin in Zivilkommandos umgewandelt werden. Die formelle Beendigung der Besatzung wird in Mainz, die als letzte Stadt genannt wird, verhandelt werden. Es werden in Mainz zwei Bataillone bis zum 31. Juni als Ehrenwache zurückbleiben, die zur Mittagszeit feierlich die Tricolore einholen sollen. Wenn diese beiden Bataillone am Abend des 31. Juni die deutsche Grenze passiert haben, wird das besetzte Gebiet frei sein.

Dr. Wirth zu den Lübecker Vorfällen.
Berlin, 21. Mai. Im Hansabundestag des Reichstags machte Reichsinnenminister Dr. Wirth Mitteilung über die Lübecker Calmette-Angelegenheit. Die Untersuchung des Reichsgesundheitsamts habe zu der Feststellung geführt, daß die Todesfälle durch eine durch die Impfung bedingte Tuberkulose verursacht seien. Die Frage, worauf es zurückzuführen sei, daß im Gegensatz zu allen sonstigen bisherigen Erfahrungen die benannten Impfstoffanforderungen so verwerfend wirkten, bedürfe noch weiterer Klärung. Falls Verfehlungen vorgekommen, würden die Verantwortlichen in vollem Maße zur Rechenschaft gezogen werden. Sofort nach Bekanntwerden der Vorgänge habe er sämtliche Landesregierungen ersucht, von der Anwendung des Calmette-Verfahrens abzusehen, bis eine völlige Klärung der Vorkommnisse in Lübeck erfolgt sei.

Die neuen Rotopferverhandlungen.
Berlin, 21. Mai. In der Presse werden Andeutungen über Bestrebungen im Zentrum gemacht, ein Rotopfer einzuführen. Diese Informationen gehen offenbar auf einen Artikel der "Germania" zurück, in dem gestern, abend vorgeschlagen wurde, daß der Reichstag von sich aus einen solchen Antrag auf Einführung eines Rotopfers betreiben solle, um das Defizit der Arbeitslosenfürsorge zu decken. Inzwischen haben in der Tat innerhalb der Zentrumsfraktion eine Reihe Besprechungen über dieses Thema stattgefunden. Die Bewegung für das Rotopfer geht aus von dem Kreis um Dr. Stegerwald, der noch heute nachmittag eingehende Besprechungen darüber hatte. Sie steht in engem Zusammenhang mit den Vorschlägen der Reichsbank für die Arbeitslosenversicherung, bei denen ja immerhin noch ein Fehlbetrag von 75 Millionen zu decken bleibt, abgesehen davon, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit weitere Mittel erforderlich macht. Unter diesen Umständen haben die Bewegungen im Zentrum das Ziel, etwa 150 bis 200 Millionen durch ein Rotopfer der Selbstbildeten aufzubringen. Der Plan geht dahin, die Steuern Einkommen bis zu einer gewissen Grenze freizulassen und dem Rotopfer die Form der Einmaligkeit zu geben. Praktisch wird die Entwicklung wohl so weitergehen, daß die Zentrumsfraktion dem Reichsfinanzminister im Laufe dieser oder der nächsten Woche ihre Vorschläge unterbreitet und ihn bittet, mit den Fraktionsführern der Regierungsparteien darüber zu verhandeln. In Kreisen der Deutschen Volkspartei hebt man dem Gedanken des Rotopfers bekanntlich nicht sehr sympathisch gegenüber. Die endgültige Stellungnahme der Fraktion dürfte aber von der Gehaltung der Vorschläge und der Notwendigkeit, das Defizit zu decken, bestimmt werden.

Dr. Wirth über den Streit mit Thüringen.
Berlin, 21. Mai. Im Reichsbundestag gab Reichsinnenminister Dr. Wirth den Wortlaut seines Briefes bekannt, den er an den Vorsitzenden des thüringischen Staatsministeriums, Minister Baum, gerichtet hat. Zur Zeit der Abfassung des Briefes lag der Bescheid des thüringischen Kabinetts über die Befehle der Polizeidirektoren noch nicht vor. Der Innenminister weist in seinem Brief darauf hin, daß für die Aufhebung der Sperre der Polizeigelder nicht maßgebend war, daß Nationalsozialisten in die thüringische Staatspolizei eingestellt worden seien. Wenn die thüringische Regierung einen Nationalsozialisten in eine Stellung der Thüringer Polizei berufe, so würde dadurch eine völlig neue Lage geschaffen, die ihn, Dr. Wirth, veranlassen müßte, nachzuweisen, ob er bei seiner Stellungnahme hinsichtlich der Aufhebung der Sperre der Polizeigelder noch weiter verbleiben könne. Grundätzlich erklärt Dr. Wirth in seinem Briefe, daß ein Premier sich an einer staatsfeindlichen Partei bekennen, aber sich nicht in diesem Sinne betätigen dürfe. Der Minister wies weiter auf die neuen thüringischen Schulgebühren hin, in denen nicht ohne Grund eine betont parteipolitische Tendenz ersicht wird. Die Betonung weltlicher Dinge in diesen Gebieten werde von selbst die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit auf. Reichsinnenminister Dr. Wirth fügt nach Bezeichnung des Briefes hinzu, daß er absichtlich zu der Angelegenheit solange seine Stellung nehmen könne, als eine Antwort von Staatsminister Baum noch nicht eingetroffen sei. Im Anschluß an die Thüringer Fragen befragte Reichsinnenminister Dr. Wirth des Stahlhelmsverbots. Der Minister bestätigte, daß die letzte Regierung und der frühere Reichsminister Müller bereits in Erwägungen über die Aufhebung des Stahlhelmsverbotes eingetreten seien. Durch das Verbot des Stahlhelms hätten sich die Dinge aber inzwischen verändert. Wenn die Herren sich erlauben, so erklärte der Minister, an meiner nationalen Ehre zu zweifeln, dann habe ich keine Veranlassung, irgend etwas für den Fortgang der Verhandlungen zu tun. Zum Schluß erklärte der

Minister die Frage der Wahlreform, für die nach seiner Auffassung die Zeit gekommen sei. Mit Nachdruck betonte er, daß er ein Gegner der Neuwahlen sei. Durch diesen mechanischen Apparat werde das Parlament unserem Volk entfremdet. Das erste Ziel müsse sei, die Wahlkreise zu verkleinern.

Ausland.
Paris, 21. Mai. Zwischen Moskita und Tonien begannen gestern die großen französischen Flottenmanöver, die jedoch unter der außerordentlich kalten Witterung zu leiden haben. Bei einer ersten Patrouillenfahrt wurden gestern infolge des hohen Seegangs 5 Torpedoboote schwer beschädigt. Die Manöverleitung gab unverzüglich Befehl, die Boote nach Toulon zurückzuführen, wo sie ausgebessert werden sollen.

Veracruz, 21. Mai. Nach Meldungen aus Veracruz wurde Josef Friedmann, der als Beamter der geschlossenen Zollverwaltung dort angestellt war, ausgewiesen. Er hat die Rückreise auf einem deutschen Dampfer angetreten.

Ungarische Grenzlicenzwürdigkeiten.
Das Arzengrenzlandamt Wien der Deutschen Studentenschaft veranstaltete Ende April im Burgenland eine Schulungswoche, an der auch 22 reichsdeutsche Studenten aus 8 verschiedenen Hochschulfächern des Reiches teilnahmen, die den Wunsch äußerten, etwas von Ungarn zu sehen. Obwohl sich die ungarische Landesregierung persönlich verwendete, stimmten die ungarischen Behörden erst nach langwierigen Verhandlungen zu, daß die Teilnehmer nach Erlang von 14 Tagen - etwa 9. Mai - nach Debrecen einreisen dürften. Da aber normal für einen solchen Grenzübertritt höchstens circa 1 Mt. zu zahlen wäre, so verzichteten die Studenten natürlich darauf, von diesem "Entgegenkommen" Gebrauch zu machen.

Die O.P.U. befragt Mitglieder.
Paris, 21. Mai. Die Fortsetzung der Ermittlungen Besedowski im "Matin" enthalten heute interessante Einzelheiten über die Art und Weise, wie die O.P.U. zu Werke ging, um mißliebige gewordenen Mitarbeiter zum Verschwinden zu bringen. Zu ihnen gehörte auch Kopp alias Prof. Kopp. Dieser stand in Paris an der Spitze einer Nebenorganisation der O.P.U. die offiziell die Firmenbezeichnung "Französische Gesellschaft für Außenhandel" trug. Kopp war ein leidenschaftlicher Spieler und verlor Unsummen. In Moskau bekam man Angst, daß er deswegen seine Geschäfte vernachlässigen würde. Man beschloß, ihn nach Rußland zu bringen. Als er eines Abends in einem Kasino am Spieltisch saß, wurde er von einem seiner Untergebenen benachrichtigt, sein Sohn sei schwer erkrankt, und er müsse in aller Eile nach Paris zurückfahren. Kopp sprang in ein Auto und erwarb erst im Kleinkreis eines sowjetrussischen Schiffes im Hafen von Danzig. Man brachte ihn nach Moskau, wo er durch die O.P.U. abgehört wurde. Dank der Aufzeichnungen Szyszkoff, des Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten, fiel seine Strafe verhältnismäßig milde aus. Sie lautete auf 10 Jahre Verbannung auf Solowki, im Weißen Meer. Sehr bezeichnend für die Methoden der O.P.U. ist auch die Affäre des Franzosen Leger, eines Kommunisten, der wegen revolutionärer Tätigkeit in Sofia zum Tode verurteilt worden war. Dank der Intervention der französischen Regierung wurde er jedoch begnadigt und aus Bulgarien ausgewiesen. Er kam nach Berlin und wurde dort in ein sehr eifriges Mitglied der internationalen Hilfe für politisch Verurteilte. Durch seine heftige Kritik an den Kommunisten machte er sich jedoch bei den russischen Machthabern sehr unbeliebt. Er wurde aufgefordert, nach Moskau zu kommen, angeblich um seinem Vorgesetzten einen Bericht vorzulegen. Er wurde jedoch festgenommen und zu 10 Jahren Verbannung auf Solowki verurteilt. Im Mai 1921 erkundigte sich die französische Regierung bei Litwinow, was aus Leger geworden sei, dessen Spur man nach seiner Reise nach Moskau verloren habe. Die O.P.U. befragte aufs entschiedenste, daß Leger sich in Rußland aufhält. Der französische Botschafter in Moskau habe sich getäuscht, wenn er nach Paris meldete, Leger sei nach Moskau gekommen. Besedowski erhielt den Befehl, in Paris daselbst zu bewachen, wenn sich die französische Regierung etwa in dieser Angelegenheit mit ihm in Verbindung setzen sollte.

Bei Gandhi im Gefängnis.
London, 21. Mai. Der Korrespondent des "Daily Herald" hat mit Gandhi im Gefängnis in Poona eine Unterredung gehabt. Gandhi erklärte zunächst auf die Frage, was er unter Unabhängigkeit verhebe, daß er durchaus nicht die Trennung vom britischen Empire fordere. Er wäre zufriedengestellt, wenn Indien im Rahmen des britischen Weltreiches die gleiche Unabhängigkeit wie Kanada und Südafrika genieße. Aber wenn man vom Dominionstatut für Indien rede, so biete man Indien nicht das gleiche Maß von Unabhängigkeit an, das die übrigen freien Dominions inne hätten. Er sei jedoch nach wie vor bereit, zu verhandeln. Mein Leben besteht aus einer langen Kette von Kompromissen, erklärte Gandhi. Wenn es der Regierung ernst sei, die Wünsche der Indianer zu erfüllen, so solle sie die 11 Bedingungen, die Gandhi in seinem bekannten Brief an den Vizekönig aufgeführt habe, annehmen. Er sei jedoch bereit, auch ohne die vorherige Annahme dieser Bedingungen in Verhandlungen einzutreten, und er glaube durchaus, daß trotz des gelassenen Klates ein Kompromiß jetzt noch möglich sei. Schließlich betonte der Mahatma, er sei bereit, dem Kongress die Einstellung des Wahlrechts zu empfehlen, ferner die Teilnahme an der anglo-indischen Konferenz zu befürworten, wenn die Regierung die folgenden Bedingungen annehme: 1. Die Tagesordnung für die anglo-indische Konferenz müsse die Ausarbeitung einer Verfassung einschließen, die Indien ein wesentliches Maß von Unabhängigkeit bietet. 2. Gandhis Forderungen auf Abschaffung der



Salzsteuer, die Prohibition von Alkohol, und des Einfuhrverbots für ausländische Stoffe müssen angenommen werden. In Ansehung für alle politischen Veränderungen müsste gleichzeitig mit dem Ende der Hofottobersche Bewegung erlassen werden. Die übrigen Bedingungen Gaudis könnten einer späteren Verhandlung überlassen werden. Der Korrespondent des englischen Regierungsbüros fügt hinzu, er sei fest überzeugt, dass nur Gaudis Mitarbeit die anglo-indische Konferenz zu einem Erfolg führen könne und dass die Regierung mit dem Feuer spiele, wenn sie sich weiter dem tragischen Jertum hingabe. Gaudis und den Nationalkongress als geringe politische Mächte in Indien zu betrachten. Der Korrespondent fordert die Regierung auf, alle menschlich möglichen Schritte zu unternehmen, um zu einem ehrenhaften Frieden mit Gaudis zu kommen.

Aus Stadt und Bezirk

Neuenbürg. (Sitzung des Gemeinderats am 20. Mai.) Von der Ortsvorstandsbekanntmachung wurden zunächst Färbergesachen erledigt. Der Voranlass der Ortsvorstandsbekanntmachung für 1900 weilt einen Abmangel von 5000 M.M. auf, der in den Voranlass der Stadtpflege aufzunehmen ist. Steigerung der Färbergesachen gegenüber dem vorigen Jahr voraussichtlich 1200 M.M.

In der Ortsbauanfrage Alt Forzheimerstraße wurde vom Gemeinderat noch eine Ausfertigung abgegeben.

Die Arbeiten an der erweiterten Badeanstalt im Elektrizitätswerkstaal sind soweit fortgeschritten, dass mit der Fertigstellung in ca. 14 Tagen gerechnet werden kann. Zur Ausstattung werden 150 Tische mit Kleiderbügel zur Aufbewahrung der abzugebenden Kleidungsstücke für die Badegäste bestellt. Die Stelle des Badeaufsichters soll sofort ausgeschrieben werden. Vorgegeben ist auch der Betrieb einer Verkaufsstelle für Lebensmittel, Rauchwaren und alkoholfreie Getränke.

Die Bestimmungen über die Abführung der zu Gunsten der Stadt im Grundbuch eingetragenen Wiederkaufrechte werden heute endgültig festgestellt. Die Beteiligten erhalten vom Amt wegen Nachricht.

Aus Anlass der Verbreiterung der Staatsstraße nach Höfen sind von hiesigen Grundbesitzern etwa 2 a 54 qm Abstammung notwendig. Die hierüber abgeschlossenen Verträge werden vom Gemeinderat genehmigt. Als Gegenleistung erfolgt ein Wegausgleich bei einer Stadt. Vorsehe, im Ueberigen erfolgt die Abtretung einseitig; für 1 zu entfernende Straßensäulen werden 300 M.M. Entschädigung bezahlt.

Der vom Stadtdirektor gefertigte Entwurf einer Ortsbauanfrage betreffend die Anlage der Hausentwässerungen und die Benutzung der öffentlichen Dohlen ist vom technischen Ausschuss eingehend vorbereitet; der Gemeinderat billigt den Entwurf. Vor endgültiger Festlegung soll eine gutachtliche Meinung des Ingenieuramts hierzu eingeholt werden.

Die Rechnungsarbeiten sind durch den Rechnungsabschluss vorgebracht und werden nach dessen Austragen erledigt, ebenso noch einige Angelegenheiten des hiesigen Elektrizitätswerts nach Anträgen des technischen Ausschusses. Wegen eines Stromabnehmer, welcher durch einen für Installation nicht zugelassenen Monteur einen Sicherungsapparat zerlegt hat, wird eine Ordnungsstrafe verhängt. Aus diesem Anlass muss wiederholt allerhöchstens darauf gewarnt werden, Sicherungsapparat reparieren und Arbeiten an den elektrischen Leitungen durch nicht zugelassene Personen ausführen zu lassen.

An Stelle des wieder im Staatsdienst verwendeten Studienassessors Dörner wird an der hiesigen Realschule Klasse 11. Mai d. J. der von der Ministerialabteilung für die höheren Schulen vorgeschlagene Studienassessor Eugen Wiedmann angestellt.

Der Gemeinderat hat nichts dagegen, dass den Sommer über Herr Stuy als Dienstmann und Gepäckträger auf dem Hauptbahnhof und in der Stadt zugelassen wird; von der Ortsvorstandsbekanntmachung wird ein Gebührentarif mit ihm vereinbart werden; ein hiesiger Kaufmann hierfür kommt nicht in Frage.

Zu dem Gutachten des Reichssparkommissars über die Reueinteilung der Oberämter steht schon Stellung zu nehmen und Protest zu erheben, hält der Gemeinderat für verbracht, im geeigneten Zeitpunkt wird

es hierzu nicht fehlen. Nicht bloß die Oberamtsstadt, sondern auch die Bezirksgemeinden sowie die ganze Bezirks-Einwohnerschaft haben das größte Interesse daran, dass solche Pläne, die niemals eine Vereinfachung und eine Ersparnis bringen würden, nicht zur Ausführung kommen.

Die Wahl des Eugen Danfmann hier zum stellvertretenden Vorsitzenden des hiesigen Bezirksvereins wurde wieder vom Gemeinderat bestätigt.

Nachdem noch eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten erledigt, wurde die Sitzung um 10 Uhr geschlossen.

K. Neuenbürg, 20. Mai. Letzten Sonntag hielt der Landw. Bezirksverein seine Frühjahrs-Mitgliederversammlung im „Garten“ in Arbad unter dem Vorsitz des Vereinsvorsitzenden, Oberamtspfleger Rüdler. In der Begrüßung der 20 Personen zählenden Versammlung wies der Vorsitzende auf den Zweck der Veranstaltungen hin und gab die Hoffnung zum Ausdruck, dass das heurige Jahr, das sich bis jetzt nicht ungünstig angefallen habe, die getriebenen Erwartungen erfüllen und die Verhältnisse der Landwirtschaft deffen möge. Nach kurzer Begrüßung durch Schultheiß Lenz, Arbada gab Vereinsführer Kohler das Ergebnis der Vereinsrechnung von 1899 bekannt. Die Versammlung erhob gegen den Kassierbericht keine Einwendung, worauf dem Kassier der Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen und Entlastung erteilt wurde. Aus dem vom Vorsitzenden erhobenen umfangreichen Tätigkeitsbericht war zu entnehmen, dass der Verein im abgelaufenen Jahr neben einigen Vorstands- und Ausschüssen eine Mitgliederversammlung in Calmbach und Engelshaus mit 4 beherrschenden Vorträgen abgehalten hat. Der Verein hat sich außerdem auf dem Gebiet der Viehzucht durch den gemeinschaftlichen Verkauf von Ferkeln, bei der Schweinezucht durch Einfuhr von jungen Muttersechsen, durch Einfuhr von treuesten Saatkartoffeln, beim Obstbau durch Vermittlung von Obstbaumfrüchten usw. betätigt. Einpöhlen wurde noch der Fachausbildung der Landwirte größere Aufmerksamkeit zu schenken. Auch die Tätigkeit der Ortsvereine einer Reihe von Gemeinden wurde anerkannt und den Organen derselben der Dank des Bezirksvereins ausgesprochen.

Der anschließende Vortrag von Landwirtschaftsleiter Käßler-Stuttgart über Schweinezucht und Waid war außerordentlich lehrreich und leicht verständlich. Er empfahl, der Schweinezucht wieder größere Aufmerksamkeit zu schenken, insbesondere im hiesigen Bezirk könne viel Geld, das sonst an auswärtige Händler und Viehhändler gegeben werde, erpart werden. Die Schweinezucht sei, abgesehen von vorübergehenden Schwankungen ein wertvoller Zweig der Landwirtschaft und sollte deshalb gefördert werden. Die Landwirte sollten bei der Neuzucht dieien und entweder das für unseren Bezirk geeignete weiße veredelte Landschwein oder aber das schwarz-schöne, schönere, Kreuzungen beider Rassen sollen vermieden werden, weil der Ertrag geringfügig ist. Die Wängel bei der Schweinezucht können vermieden werden, wenn die Ferkel möglichst lange bei der Sau bleiben und erst nach ca. 6-10 Wochen, wenn sie etwa 20 Pfund schwer sind, verkauft werden. Das gebe dann keine halbweiligen, langspinnigen, raube Schweine, sondern schöne, breitrüde Tiere, die nachher bezüglichen werden. In längeren gründlichen Ausführungen betonte er die Fütterung der Ferkel während der Trächtigkeit und nach dieser, sowie auch nach der Abklärung der Ferkel. Bei der Schweinezucht werde meist zu nah gefüttert. Die Schweine hätten kein großes Wasserbedürfnis (etwa 1 1/2 Liter täglich), etwas fettes, kompaktes, wie beim Trockenfütter, sei besser. Auch die Ställe seien bei trockener Fütterung und richtiger Anordnung der Ferkel (streutret statt nur zum Auslauf) nicht so feucht und mürbig. Er empfahl, wie schon im Jahr 1907 in Pfingstweiler, allmählich zur Kaltfütterung überzugehen.

Sodann sprach Landwirtschaftslehrer Vietich-Calw über neuzeitliche Deumerbung. Er verwies zunächst auf seine Ausführungen auf der Versammlung im Herbst in Engelshaus über die im Bezirk vielfach anzutreffenden Unkrautwiesen und empfahl die Anlage von Kulturwiesen und Vornahme von Entwässerungen zu feuchter Wiesen. In der richtigen Gewinnung des Heues liege außerordentlich viel. Auch müsse der Zeitpunkt der Deumerte richtig erteilt werden, das Deigras müsse reif, aber nicht überreif sein, keineswegs aber müsse die Samenbildung der Gräser zur angeblichen Ver-

besserung der Grasnarben abgewartet werden. Die Heife des Nutters sei meist kurz vor der Blüte des Obergrases gegeben. Bei zu später Ernte sei ein Teil der Eiweißstoffe und des Fettes verloren gegangen und die Rohfasern und Kohlenhydrate haben zugenommen. Ausschlaggebend sei natürlich auch die Bitterung. Es werde im hiesigen Bezirk meist zu spät gemäht. Bistoch werde auch zu tief gemäht, sodass der Nachwuchs leidet. Bei der im Bezirk üblichen Methode entstehen Verluste durch das Auswaschen des Heues bei Regen, weshalb bei schlechtem Wetter die Verwendung von Troden-geräten, sogenannte Deinen, nicht zu umgehen sei. In überzeugenden Ausführungen wies er die Zweckmäßigkeit dieser Geräte nach und erläuterte an Hand von selbstgefertigten Modellen die einzelnen Arten, wie Allgauer Schlagdeinen, Vorwärtsdeinen, Schwedenkreuer, Steinauer und Allgauer Deuhätten. Besonders die letzteren seien für unseren Bezirk zu empfehlen, und es sollte auch der kleinste Landwirt etwa 25 bis 30 Stück, die jeder selbst anfertigen könne, vorrätig haben. Er habe von den Deinen der Landwirtschaftsschule Calw an einzelne Gemeinden Nutterschläger hinauszugehen. Im hiesigen Bezirk habe der Wies- und Ackerbau eine besondere Bedeutung und eine wirkliche Tierzucht könne nur auf ein gutes Grünland und richtig behandeltes Erzeugnis derselben seine Hoffnung setzen.

Oberamtsbaumwart WeiB-Ottenhausen gab sodann bekannt, dass auch neuer wieder vom Reich Mittel bereitgestellt worden sind zur Förderung des Obstbaus. In Betracht kommen insbesondere Neubausagen von Obstgärten mit einer Anbaufläche von 12 1/2 bis 10 Obstbaum. Die Anmeldungen sind durch das Schultheißamt einzureichen und werden vom Oberamtsbaumwart geprüft.

Der Vorsitzende dankte den Rednern für ihre trefflichen Ausführungen und gab dem Hesinde Ausdruck, dass die Anwesenden das Gehörte auch verwenden und in die Tat umsetzen. Den Schluss der Versammlung bildete die übliche reichhaltige Gratwanderung nährlicher Landu. Gegenstände.

(Wetterbericht.) Infolge des von Spanien vorgebrungenen Hochs drückt es für Freitag und Samstag zwar zeitweilig heiteres, aber noch nicht befriedigendes Wetter zu erwarten.

Virtenfeld, 21. Mai. (Gemeinderatsitzung am 20. Mai.) In Anwesenheit des Schulvorstandes wird über die Hauswirtschaftsschule und den von der Hauswirtschaftslehrerin abgeleiteten Kochkurs Bericht erstattet und nach Ausdrucks bekräftigt, demnächst einen weiteren Kochkurs unter den leitenden Bedingungen abzuhalten. Vom Gemeinderat wird der Beitrag zur Schulkasse für 1900 wie letzter auf 2 M.M. für jeden Schüler festgesetzt. — Am Aufsehen wird der Verein, Sonntagskolonne hier zur Abdeckung ihrer Verbindlichkeiten in Anerkennung der gemeinsamen Tätigkeit der Kolonne ein einmaltiger Beitrag von 100 M.M. bewilligt. — Von der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperrechtsverwaltung ist die Schulbauanfrage der Gemeinde zur Befreiung der Kosten für die Erstellung eines zweiten Hochbehälters und der Erweiterung des Rohrnetzes der Wasserversorgungsanlage nur unter der Bedingung genehmigt worden, dass die hiesigen Jünger und Tilgungsraten durch entsprechende Erhöhung der Wasserzinsne abgedeckt werden. Es ist daher erforderlich, die Wasserzinsne vom Rechnungsjahr 1900 ab um etwa 10 Pfennig zu erhöhen. Der Wasserversorger ist im Aushängelasten im Rathaus ersichtlich. — Nachdem Gemeindepfleger Volan in der Bürett, Landesparafosse in Stuttgart angeheft ist, wird er demnächst auf 31. d. M. aus dem Dienste der Gemeinde entlassen. — Die Errichtung einer Tankstelle beim Gehände des Eugen Müller sen. Abfahrtsabhandlung, hier, Hauptstr. Nr. 22, wird in stets widerruflicher Weise genehmigt. — Nach Erledigung verschiedener Bauarbeiten und kleinerer Verwaltungsangelegenheiten wurde noch eine Färbergesache erledigt und eine Grund- und Gebäudeschätzung vorgenommen.

Virtenfeld, 21. Mai. Gestern abend um 9 Uhr wurde die 18 Jahre alte Emilie Rix, Tochter des Emil Rix, Graven, gerade an der würt.-bad. Grenze von einem Forzheimer Auto überfahren. Sofort wurde das Forzheimer Sanitätsauto gerufen, jedoch ist das Mädchen an dem Wege nach dorthin bereits gestorben. Ob den Autoführer eine Schuld trifft, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Friedrich Augsburger

Ein frederizianischer Roman von Wolfgang Marken
URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSCAR HEISSEL-WERDAU

(47. Fortsetzung.)

„Das ist wohl möglich, Madame. Ich merke nur, man will der beste Sänger immer sein. Das hat mir auch schon einmal jemand gesagt, und ich bilde mir trotzdem nicht ein, es zu sein.“

Hell lachte da Barbette auf. „Ihr? O, das ist lustig. Wer hatte denn Gelegenheit, Sie für den besten Sänger der Welt zu erklären. Können Sie denn überhaupt singen?“

„Das hat der König von Preußen gesagt,“ antwortete Friedrich mit unerschütterlicher Ruhe.

Alle lachten ob der Antwort heftig auf.

„Der König von Preußen, der Krüdshofkönig!“ rief Madame Meroville erragt. „Der wird von Kunst hergig wenig verstanden haben.“

„Madame,“ sagte Friedrich kalt, „ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie noch auf preußischem Boden sind. Ich empfehle Ihnen, besonders in Ihrem ureigensten Interesse von dem König von Preußen besser zu sprechen.“

Die Worte ernüchterten die ganze Schaar.

„Sie müssen einen Spaß verstehen,“ rief der kurfürstliche Rat über den Tisch. „Es war ihm kaum noch möglich, sich gerade zu halten.“

Madame Meroville blickte sich auf die Lippen, lenkte dann aber ein und sagte höflich: „Berzihen Sie, wenn ich Ihnen nahegetreten bin. Ich will gewiss kein böses Wort mehr über den König von Preußen sagen.“

Dann lachte sie schon wieder hell auf und sagte: „Jetzt müssen Sie uns aber zeigen, dass Ihr König recht gehabt hat. Sie müssen singen.“

Friedrich Augsburger sah auf allen Gesichtern boshafte Spannung und Schadenfreude. Die Mitglieder der Truppe hätten ihm gar zu gerne eine Niederlage bereitet, und darum erklärte er sich bereit zu singen.

Ein stürmisches Hallo entstand. Scarfagglo reichte mit spöttischer Gebärde die Laute über den Tisch.

Friedrich Augsburger nahm die Laute und schlug den Akkord an. Und dann sang er das Lied, das den König von Preußen zu Tränen gerührt hatte.

„Wer sagt mir, wo mein Vaterland.“

Wer kennt mein Vaterland ...“

Schon noch den ersten Tönen schwindet das spöttliche Lächeln auf allen Gesichtern, sie halten den Atem an und lauschen der herrlichen Stimme, die in voller Natürlichkeit aus dem Innern des Sängers quillt.

Das ist ein anderes Singen, als das des Herrn Scarfagglo. Nichts Gefünfteltes ist an ihm, die Natur führt ihren Triumph. Blutesches Gefühl füllt den Sang.



Als Friedrich geendet hat, drängen sie sich um ihn und umarmen ihn stürmisch, sogar Scarfagglo. Der große Tenor tritt zu ihm und reicht ihm beide Hände. Es fällt ihm bitter schwer, aber er spricht's aus:

„Scarfagglo ist nicht der Beste, Sie sind es.“

Und Barbette sieht ihn mit strahlenden Augen an. Es ist ihr mit einem Male, als könnte es gar nicht anders sein, als wäre es selbstverständlich, dass der Mann, der so sicher und selbstbewusst an ihrer Seite sitzt, auch im Sang der Beste sein muß.

„Kommt mit uns nach Dresden! Es ist Euer Glück. Der Kurfürst von Sachsen lohnt es Euch reichlich.“

Friedrich Augsburger lacht ob des Vor schlägs auf. Aber er sagt dann doch ja.

Was fördert es, denkt er, wenn ich einen Monat später zu meinem Meister komme. Ich habe nicht Vater und Mutter, die auf mich warten. Martene war zu feig zum Glück. Ich bin allein. Vielleicht kann ich unter fröhlichen Menschen vergessen, wenn ich jemals vergessen kann.

Zwei Frauen.

Friedrich Augsburger singt vor dem versammelten Hofe des Kurfürsten Friedrich August I.

Reflex gibt er alles, was ihm die Seele bewegt, aus sich heraus, alles, was in Berlin erduldet, alle Sehnsucht nach der Geliebten schreit er in den Saal.

Das ist für die an den französischen Kunstgelaug gewohnte Gesellschaft etwas unerhörtes.

Alle sind hingerissen, aber keiner wagt zu applaudieren. Alles sieht auf den Kurfürsten.

August des Starken Antlitz aber zeigt einen fast erschrockenen Ausdruck. In größter Erregung scheint er zu sein. Seine Augen brennen, seine Wangen sind rot.

Der Kurfürst winkt dem Sänger.

Der Hofmarschall eilt zu Friedrich und bittet ihn zur Majestät. Aller Augen ruhen voll Spannung auf ihm.

Als Friedrich Augsburger vor dem trotz seines Alters und seines wilden Lebens immer noch schönen und imponierenden Kurfürsten steht, kommt mit einem Male ein seltsames Gefühl in ihm auf.

Er weiß, er hat August den Starken noch nie im Leben gesehen, und doch hat er das Gefühl, als ob ihm der Fürst nicht fremd sei.

Der Kurfürst sieht ihn lang an. In seine etwas müden Augen scheint ein neuer Glanz gekommen zu sein. Unverkümbt sieht Augsburger die Augen des sächsischen Herrschers auf sich gerichtet.

Endlich spricht der:

„Er hat mir mit seinem Gesang eine Freude ohne gleichen gemacht. Sag' Er mir Seinen Namen.“

„Friedrich Augsburger.“

Der Kurfürst lächelt. Herzlichkeit ist in seinen Worten als er weiterpricht.

„Friedrich Augsburger? Ein schöner Name, Herr Rufus. Ein schöner Name, aber einer, der alles verrät.“

Augsburger weiß nicht, was er von diesen Worten halten soll.

„Weiß nicht, was Ew. Majestät meinen. Ein Name ist ein Name.“

Der Kurfürst erhebt sich vom Sessel und beugt sich mit einiger Anstrengung vor.

„Warum verleugnest du dich, August?“ sagte er leise und schmerzlich.

(Fortsetzung folgt.)

Waldsch,
Herr von Jern
und zuletzt
Der Badem
nach im N
und in d
um Numm

Stuttgart,

(amereine.)

Wählte im erste

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

1900 82 Mitgl

mobil drei Gaudyisten schwer und mehrere leicht verletzt wurden. Die Polizei hatte von den Bombenstücken Gebrauch gemacht. Unter den Verhafteten befinden sich auch der zweite Sohn von Gandhi, Manohar, der Führer des ersten Marsches auf das Salzlager von Dharasana im März dieses Jahres, Sahib, und der Mitarbeiter Gandhis in Südafrika und frühere Sekretär Pyarelal.

London, 21. Mai. Das Unterhaus hat einen Antrag der Konvention, Abträge am Etat des Landwirtschaftsministeriums vorzunehmen, mit 248 gegen 116 Stimmen abgelehnt. Wie berichtet, hatten die Konventionen im Verlauf der Etatdebate die landwirtschaftliche Politik der Regierung angegriffen.

London, 21. Mai. Der Erste Lord der Admiralität, Alexander, teilte im Unterhaus mit, daß Anweisungen erteilt worden sind, mit den Arbeiten an dem Kreuzer „Leander“, der sechsjährige Geschüß erhält, und an den beiden Zerstörern, die in Portsmouth gebaut werden sollen, zu beginnen. Zur Zeit werden die Angebote für ein Führerschiff und die beiden anderen Zerstörer, deren Bau vergeben werden sollte, erzwungen. Es sei auch geplant, sofort mit dem Bau von drei Unterseebooten zu beginnen.

Moskau, 21. Mai. Am Dienstag lief auf der Strecke Moskau-Kajan im Bahnhofs-Terminal ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. 28 Personen wurden getötet und 31 schwer verletzt. In dem Personenzug befanden sich viele Kinder, die zur Erholung nach der Tarenten-Republik unterwegs waren. Vier Wagen gerieten in Brand und sind völlig vernichtet worden. Die Schwere des Unglücks erklärt sich daraus, daß der Personenzug anstatt mit 40 Kilometer mit 60 Kilometer Stundenbegrenzungsfahrt fuhr. Die beiden Lokomotivführer sind tot.

Teheran, 21. Mai. Aus den Räumen in den durch die kürzlich gemeldeten Erdbeben verwüsteten Bezirken sind bisher 2000 Leichen geborgen worden.

Schanghai, 21. Mai. Die Regierungstruppen haben die befestigte Stadt Kweiwei an der Grenze von Honan und Kiangsu nach mehrwöchigen erbitterten Kämpfen erobert, bei dem sie auch Tanks und Bombenflugzeuge einsetzten. Tschanghaikohle gab schließlich seiner Elitegruppe, der ersten Division, den Befehl, Breche in die Mauern zu schlagen und diese im Sturm zu nehmen. Nach einer Mitteilung der Regierung hat er 6000 Gefangene gemacht und acht Geschüß, sowie zahlreiche Maschinengewehre erbeutet. Seine Verluste sind schwer.

Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss des Landtags.

Stuttgart, 21. Mai. Der Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss des Landtags behandelte heute eine Reihe von Eingaben, zunächst eine solche des württ. Mittelstandsbundes für Handel und Gewerbe betr. Bekämpfung von Tabakwaren-Geschäften, welche der Prostitution Vorschub leisten. Einlinmigkeit fand folgender Antrag, die Eingabe des württ. Mittelstandsbundes dem Staatsministerium in dem Sinn zur Kenntnisnahme zu übergeben, daß die Erfahrungen bei Anwendung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bei einer Aenderung der gesetzlichen Vorschriften berücksichtigt werden. Bei der Beratung einer Eingabe betr. Konkurrenz ausländischer Händler teilte der Regierungsvertreter mit, daß dem Wirtschaftsministerium ein ausführliches Ansuchen der ausländischen Kaufmänner, insbesondere Chinesen und Japaner, gemeldet wurde. Offenbar benötigt eine große Anzahl solcher Kaufmänner nicht Handels-gewerbebescheinigung, sondern nur Gewerbelegitimationskarten. Die Übertragung sollen angewiesen werden, diesen Dingen nachzugehen und gegen Verleumdungen einzuschreiten. Aber nur mit Hilfe der Bevölkerung kann ein wirksames Vorgehen erreicht werden. Der letzte Gesichtspunkt wurde von einem Zentrumredner lebhaft unterstrichen. Folgender Antrag des Berichterstatters wurde angenommen: Der Landtag wolle beschließen, die Eingabe des Kaufmanns Kraus von Bartholomä vom 27. März 1930 nach den Mitteilungen der Regierung über die von ihr in Aussicht genommenen Anweisungen an die Verwaltungsbehörden für erledigt zu erklären. Ueber eine Eingabe der Bad Mergentheim A.G. um Vermittlung besserer Bahnverbindungen nach und von Bad Mergentheim berichtete der Abg. Klein (N.F.). Die Eingabe wurde von der Rednerin des Ausschusses lebhaft beantwortet. Auch die Regierung hat sich schon immer für die berechtigten Wünsche Mergentheims eingesetzt, leider nicht mit Erfolg. Von Seiten eines Redners wurde auch das Projekt Steinach-Creglingen zum Zweck einer

Verbindung Mergentheim-Bischaffsburg-Frankfurt berührt. Die Regierung sieht die Verwirklichung dieses Projektes nicht sehr optimistisch an. Einmütig angenommen wurde noch der Antrag: Der Landtag wolle beschließen, 1. da die Entwidlung der Verkehrsverbindungen des Bades Mergentheim nicht Schritt gehalten hat mit dem raschen Aufschwung und der wachsenden Bedeutung, die das Bad Mergentheim nach dem Krieg gewonnen, ersucht der Landtag das Staatsministerium, mit allem Nachdruck bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft auf eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse des Bades Mergentheim hinzuwirken. 2. Die Eingabe der Bad Mergentheim A.G. vom 4. April 1930 dem Staatsministerium als Material zu überweisen.

Die Räumung der Pfalz. — Die Franzosen feiern Abschied. Keine Truppenübungen mehr. — Das Militärgericht bleibt noch.

Landau, 21. Mai. Seit Inkrafttreten des Räumungs-befehls macht sich in den französischen Garnisonen die bevorstehende Räumung lebhaft bemerkbar. Die Landauer Besatzung hat die städtische Festhalle zu einer Abschiedsfeier verlangt und in den beleagerten Schulen werden kleinere Feiern abgehalten. Der französische Brigadegeneral Blandard, der stellvertretende Ober der Besatzungstruppen, der bekanntlich Anfangs Mai mit dem besonderen Auftrag der Auflösung der französischen Rheinarmee entlassen wurde, ist in der Pfalz angekommen und besucht die französischen Garnisonen. Seine Anwesenheit hängt natürlich mit der Räumung zusammen. In den Kasernen in Landau und anderen pfälzischen Orten kann man eifriges Bauen und Materialarbeiten auf Autotrainkolonnen beobachten. Die Truppen rücken nicht mehr zum Exerzieren aus, sie sind durch die Verpachtungsarbeiten in den Kasernen festgehalten. Zahlreiche französische Offiziersfamilien sind bereits nach Frankreich abgereist. Ende der Woche wird der noch verbleibende größere Teil der Familienangehörigen durch Extrazüge abtransportiert werden. Ueber die Art des Abmarsches der französischen Truppen sind Einzelheiten noch nicht zu erfahren. Besatzungstreue lassen durchblicken, daß der Abzug „im Stillen“ erfolgen soll. In Landau selbst werden den deutschen Behörden täglich Besatzungsmehrungen zurückgegeben. Eine Kommission der Reichsregierung für Besatzungsschäden weist bei der Hebergabe von Gebäuden an Ort und Stelle, um die Ersatzansprüche festzusetzen und mit dem Eigentümer über die Höhe der Entschädigung sofort zu verhandeln. Das Militärgericht hat seine Tätigkeit noch nicht eingestellt, sondern eine neuerrichtete Verhandlung gegen einen Deutschen angehängt.

1 1/2 Prozent Erwerbslosenversicherung?

Berlin, 21. Mai. Reichsfinanzminister Moldenbauer hatte heute im Reichstag nach verschiedenen Seiten hin unverbundene Besprechungen über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Im Vordergrund steht augenblicklich die Frage einer weiteren Erhöhung der Beiträge auf 1 1/2 Prozent. Die aus einer solchen Erhöhung zu erwartenden Mehreinnahmen würden alle sonst noch zur Deckung stehenden Pläne, wie den des Kotosers, der Vermögenssteuer und so weiter überflüssig machen. Die Verhandlungen sind noch keineswegs abgeschlossen. Es bestehen starke Bedenken gegen eine solche erneute Veranschlagung der Beiträge. Auf der anderen Seite wird von der Volkspartei das Kotoser nach wie vor als untragbar abgelehnt.

Französisches Kapital für Österreichs Industrie.

Berlin, 21. Mai. Während Herr Loucheur gestern in Goudon-Hallerger Kreis für ein wirtschaftliches Europa und einen engen Zusammenschluß Deutschlands und Frankreichs geworden hat, ist, wie die „Wiener Reichsanzeiger“ zu melden wissen, auf dem Weg der „friedlichen Durchdringung“ Österreichs ein bedeutender Schritt geschehen. Eine französische Bank- und Industriegruppe hat nämlich unter Führung der Banque nationale de Credit in Paris einen großen Aktienblock der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft zu dauerndem Besitz erworben. Durch die in diesem Zusammenhang getroffenen Vereinbarungen ist die Veranlagung französischen Kapitals für österreichische Investitionen auf industriellem Gebiet gesichert. Die Gruppe der Banque

nationale de Credit wird im Verwaltungsrat der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft durch 2 Mitglieder vertreten sein. In der Generalversammlung der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft bemerkte deren Präsident ausdrücklich, daß die französische Einflußnahme vom französischen Ministerium des Auswärtigen ausdrücklich genehmigt und gebilligt sei. Im Auswärtigen Amt in Berlin würde man in dem gleichen Maße sich vermutlich mit aller Energie für diese Interaktion einsetzen. Herr Loucheur hebt diesen Dingen noch nicht ganz fern. Wenn Herr Loucheur nicht gerade sich zum europäischen betätigt, betreibt er nämlich irgendeine Art der Donau-Konföderation und Verhinderung einer Angleichung Österreichs an das reichsdeutsche Wirtschaftssystem.

Der Wehrstat im Reichstag.

Berlin, 21. Mai. Der Wehrstat entfesselt dieses Jahr hat die Erörterungen, obwohl sich seit Jahren die Höhe der Ausgaben nicht wesentlich verändert hat. Im vorigen Jahr betrug es die Wirtschaftspartei, die eine hundertprozentige Kürzung verlangte. Heute drückt sich die gleiche Tendenz in den sagen uns schreibe rund 20 Erreichungsanträgen aus, die allein von den Sozialdemokraten und Kommunisten betreffen. Nach einem solchschonigen Grundgesetz, daß der Wehrstat die beste Variante ist, hat sich der Reichswehrminister Gröner gleich von vornherein diesem Kursum entgegen, und zwar mit Argumenten, deren Stichhaltigkeit abzuhärten seinen Widersachern höchlich schwer fiel. Schon durch die allgemeinen Feststellungen, die er bei der Verteidigung seines Etats voranschickte, schaffte sich Gröner eine gute Resonanz im Hause. Sehr wirksam wies er die hundertprozentige Gerede von der Angriffslust Deutschlands zurück, um sich unter harter Zustimmung des Hauses zu dem Versatz zu bekennen, daß alle Kürzungsmöglichkeiten, die uns durch den Verfall der Vertrag gelassen sind, erschöpft werden müssen, wenn die kleine deutsche Armee, Grenzwehr des Landes zu erhalten soll. Gröner hatte von derselben Stelle aus erklärt, diese These gut zu heißen, sei die logische Folge der Wehrstat, der die Reichswehr überhaupt schade. Gröner wies auch weiter den Stier bei den Hörnern, als er geradewegs die Hoffnung ansprach, daß in den nächsten Jahren die Höhe der Erhöhung erfahren möge. Diese Versicherung, die Gröner dann im einzelnen wichtige Gründe zu führen versuchte, auf der linken lebhaften Bewegung hervor. Auch bei uns waren Gröner über das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften, über die Beziehungen der jungen Armee zu alten und zu der Bevölkerung einfließt, hatte Dank und Anerkennung. Gröner ist kein fesselnder Redner, aber er verfügt über ein Dialekt, die durch ihre klärende Wirkung überwiegt. Er hinterläßt keine Ausführenden einen vorteilhaften Eindruck, zumal er auf jede polemische Schärfe sorgfältig verzichtet. Die Sozialdemokrat Schöpfkin, der unmittelbar nach ihm zu Wort kam, führte seine Kritik auf die vom Magdeburger Kartell aufgestellten bekannten Richtlinien. Vor allem machte er die Vorbedacht, daß der Wehrstat sich der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands anzupassen müsse und plädierte von diesem Gesichtspunkte aus für die Einleitung einer ganzen Reihe von Einzelreformen. Natürlich lehnte auch die alten Kräfte wieder über Soldatenmehrfachhandlung die hohe Wehrminister, das mangelhafte Wehrwesen und das Anwachsen des nationalsozialistischen Offiziers-Schließlich stellte Schöpfkin die indirekte Frage, ob tatsächlich wie von jungdeutscher Seite angedeutet worden ist, daß von der Reichswehr zu der roten Armee ließen. In fast allen Punkten zustimmend zur Gröner-Rede äußerte sich der Reichsminister nationale u. Letzter-Vorbedacht. Nur daß er noch schärfer für übertriebene Sparmaßnahmen sprach. Die Wehrminister Schöpfkin führte der Zentrumsdirektoren Erling auf die richtige Maß zurück. Auch den Derrichtungen von der Arbeiter-Gesellschaft mit ihrer einseitig gegen Deutschland gerichteten Propaganda sagte er einige berichtigende Wahrheiten. In einer regalen „Zerlegung“ des Kommunisten Rosenberger, die seine Fraktionsgenossen hürmlich bekräftigten, er dem üblichen Wirtensauswuchs der Kommunisten gegen über fand für heute die Debatte einen wenig erhellenden Abschluß.

Schweinefleuche.

Die Schweinefleuche in dem Gehöft des Sanatoriums Schwarzwaldheim in Schömberg ist **erloschen**. Die angeordneten Schutzmaßnahmen sind aufgehoben worden.

Reuenbürg, den 19. Mai 1930.

Oberamt: Lempp.

Oberamtsstadt Reuenbürg.

Für die vergrößerte Badeanstalt am Elektrizitätswerkkanal soll über die Badezeit ein

Badaufsicht

angestellt werden unter noch näher zu vereinbarenden Bedingungen. Derselbe soll schwimmkundig und möglichst auch in der Lage sein, Schwimm-Unterricht zu erteilen. Die Besoldung ist durch Beteiligung an den Gebühren in Aussicht genommen. Evtl. kann dem Aufsicht auch der Verkauf von Lebensmittel, Rauchwaren und alkoholfreien Getränken übertragen werden. Entsprechende Bewerber wollen sich schriftlich oder mündlich bis Montag den 26. Mai ds. Js., abends 7 Uhr, melden beim

Stadtschultheißenamt.

Herrenberg—Oberlengenhardt.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag den 24. Mai 1930

im Gasthaus zum „Adler“ und „Ochsen“ in Oberlengenhardt bei Bad Liebenzell stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Rudolf Beck **Elisabeth Bößtler**

Kirchgang 1 Uhr in Schömberg

Niebelsbach, 21. Mai 1930.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem so unerwarteten Heimgang unserer lb.

Helene

Sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus, Besonderen Dank dem Herrn Hauptlehrer Wegner und seinen Sängern für ihren liebevollen Besuch, dem Radfahrerverein und ihren Schulfreundinnen für ihre Kranzniederlegung und alle die vielen Blumen Spenden, sowie denen, die sie zur letzten Ruhestätte begleiteten, sei herzlich Dank gesagt.

Im Namen der Eltern und Geschwister:

Gottfried Müller.

Wir suchen für Calmbach und Umgegend einen **Platzvertreter** mit Zulassung.

Guter Leumund Bedingung. Gründliche Einarbeitung und gute Unterstützung wird geboten. Zeitgemäße Tarife in Groß- und Kleinleben gegen die Gewähr für gute Erfolge.

Deutscher Herold

Volks- und Lebensverf. A.G., Bezirksdirektion Mannheim, P. 3, 14. Geschäftsstelle Pforzheim: Ad. Schen, Goethestraße 26.

Inferate heben den Umsatz!

Oberamtsstadt Reuenbürg.

Am nächsten Samstag den 24. ds. Mts. erstmals wieder

Wochenmarkt,

Beginn 7 Uhr.

Erzeuger und Verbraucher von Butter, Eiern, Gemüsen usw. werden ersucht, das Neuaufleben des Wochenmarkts durch zahlreichen Besuch zu unterstützen im beiderseitigen Interesse.

Stadtschultheiß Knode l.

Jede Woche lebendfrische

See-Fische und Stockfische

E. Lindemann

Reuenbürg, Tel. 191.

Birkenfeld.

Eine

Kuh- und Fahrkuh

mit dem ersten Kalf in den Verkauf.

Hauptstraße Nr. 2

Salmbach.

Eine 38 Wochen trächtige Kuh für den Verkauf.

Kalb

verkauft

Michael Bub.

Unterreichenbach

Ein 15 Monate alter

Zucht-farren,

unter zwei die Wahl, in guter Abstammung ist zu verkaufen.

Jakob Schöninger

Farrenhalter.

Ein neuer

Leiterwagen

von 40 Ztr. Tragkraft zu verkaufen.

Wilhelm Schneider

Wagner, Elmendingen, Amt Pforzheim.

Ein neuer

Leiterwagen

von 40 Ztr. Tragkraft zu verkaufen.

E. Meckische Buchhandlung

Berlin, 21. Mai. Der Reichstag hat heute...
 Der Reichstag hat heute...
 Der Reichstag hat heute...